

**V-34** Solidarität mit den Kurd\*innen in Afrin – Entkriminalisierung der kurdischen und türkischen Opposition in Deutschland!

Antragsteller\*in: Felix Steins (Hamburg-Eimsbüttel KV)  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

1 Seit den Gezi-Protesten beziehungsweise spätestens mit dem fulminanten Einzug der HDP in das  
2 türkische Parlament hat das AKP-Regime massiv an demokratischer Legitimation verloren. Dass  
3 sein Zenit an demokratischer Macht überschritten ist, hat Erdogan seitdem wesentlich damit  
4 kompensiert, die Türkei als autoritären Führerstaat auf ihn und die AKP zuzuschneiden. Dies  
5 wird begleitet von einer gewaltigen Propaganda- und Ideologieproduktion, die den politischen  
6 Islamismus und neosmanische Großmachtträume mit den klassischen ideologischen Komponenten  
7 autoritär-neoliberaler Regimes wie Klassismus, Elitarismus, Linkenfeindlichkeit und die  
8 „Reinhaltung des Volkskörpers“ kombiniert. Die Kehrseite dieser faschistoiden Medaille ist  
9 die vernichtungsideologisch motivierte Gleichschaltung politischer Gegner\*innen und  
10 Assimilation ethnischer Minderheiten.

11 Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg in Afrin ist, neben geostrategischen und ökonomischen  
12 Interessen, deshalb wesentlich die Fortführung der türkischen Innenpolitik mit anderen  
13 Mitteln. Die Kurd\*innen – auch die in Syrien – sind das „ideale“ Feindbild des AKP-Regimes:  
14 Gleichzeitig ethnische Minderheit und politische Opposition. Nicht nur innerhalb der Türkei  
15 – der „demokratische Konföderalismus“, den linke kurdische Kräfte in Nordsyrien  
16 initialisieren und der eine radikale politische wie wirtschaftliche Demokratie, soziale  
17 Gleichheit, die Befreiung der Frau, gleichberechtigende kulturelle Pluralität, ökologische  
18 Nachhaltigkeit und Frieden umfasst, ist ein radikaler Gegenentwurf zum AKP-Regime – und  
19 straft die türkische Doktrin einer Wiederauflage des „Pax Ottomana“, nach der es Frieden in  
20 der Vielvölkerregion nur unter türkischer Hegemonie geben könne, Lügen.

21 In dieser Konfliktlage hat sich Deutschland eindeutig positioniert: NATO-  
22 Bündnispartnerschaft und der inhumane „Flüchtlingsdeal“ mit einem Regime, das die Türkei  
23 immer offensichtlicher Richtung Faschismus treibt, sind scheinbar wichtiger als die  
24 Anerkennung der kurdischen Leistungen bei der Bekämpfung des Islamischen Staates(IS),  
25 wichtiger als die Stärkung demokratischer Kräfte in der Türkei und Nordsyrien, wichtiger als  
26 Frieden in einer bürgerkriegsgebeutelten Region und wichtiger als das Völkerrecht.

27 Diese Friedens- und Demokratiefeindlichkeit drückt sich nicht nur durch Rüstungsexporte in  
28 die Türkei, der unangebrachten diplomatischen Zurückhaltung angesichts dieser brutalen  
29 Eskalation und die ökonomische und legitimatorische Subvention des AKP-Regimes im Rahmen des  
30 „Flüchtlingsdeals“ aus. Insbesondere legen Bundes- und Landesregierungen und deren Behörden  
31 absurde Doppelstandards an die Ableger der unterschiedlichen politischen Akteur\*innen in  
32 Deutschland an: So lässt die politisch angeblich neutrale Ditib ihre Imame für einen  
33 erfolgreichen Angriffskrieg beten[1] und betreibt damit Propaganda für einen  
34 Völkerrechtsbruch, gleichzeitig gibt es Staatsverträge mit genau diesem Verband[2].

35 Andererseits werden die kurdische Bewegung und linke türkische Oppositionsgruppen massiv  
36 kriminalisiert. So wird zum Beispiel die „Föderation der Demokratischen Arbeitervereine  
37 e.V.“ (DIDF) vom Verfassungsschutz als „linksextrem“ eingestuft, denn diese „prangert vor  
38 allem angebliche[!] Menschenrechtsverletzungen in der Türkei“[3] an. Im Falle der kurdischen  
39 Bewegung hat Deutschland bereits 1993 und in Folge dessen auch die EU 2002 die PKK als

40 Terrororganisation eingestuft. Kurdische Symboliken sind umfassenden Verboten ausgesetzt,  
41 bereits das Zeigen von Fahnen kann zu Hausdurchsuchungen führen [4] – sogar die Symbole der  
42 gegen den IS kämpfenden YPG/YPJ sind verboten. Fast gegen alle Möglichkeiten, sich im Sinne  
43 einer kurdisch-linken Bewegung zu engagieren werden vom instrumentellen Terrorbegriff des  
44 Verfassungsschutzes erfasst, indem diverse Vereine und Gruppen in die Nähe der PKK gerückt  
45 werden[5].

46 **Petition:**

- 47 • Bündnis90/DieGRÜNEN verurteilen den Angriffskrieg in Afrin als völkerrechtswidrigen,  
48 antidemokratischen Akt und brutale, teilweise gegen die Zivilbevölkerung gerichtete,  
49 Eskalation.
- 50 • Bündnis90/DieGRÜNEN betrachten die Türkei, solange sie sich unter Erdogan zunehmend in  
51 eine faschistoide oder zumindest autokratische Richtung entwickelt, nicht länger als  
52 geeigneten außenpolitischen Verbündeten und hält einen Stopp von Waffenexporten und  
53 militärischer Kooperation für unabdingbar.
- 54 • Vor diesem Hintergrund fordern Bündnis90/DieGRÜNEN eine umfassende Neubewertung der  
55 Organisationen der kurdischen Bewegung und der türkischen Linken durch die deutsche  
56 Regierung und deren Sicherheitsbehörden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Grenze  
57 dessen, was aus zivilgesellschaftlicher Sicht legitimer Widerstand ist, unter dem  
58 zunehmend autoritärer werdenden AKP-Regime immer weiter von der Legalitätsgrenze  
59 entfernt verläuft.
- 60 • Auch Staatsverträge mit Organisationen, die in Deutschland systematisch  
61 Völkerrechtsbrüche propagieren, müssen nach Meinung von Bündnis90/DieGRÜNEN einer  
62 umfassenden Neubewertung unterzogen und gegebenenfalls ausgesetzt oder aufgekündigt  
63 werden.

64  
65 **Quellen:**

66 [1] <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/ditib-laesst-in-deutschland-fuer-sieg-der-tuerkei-in-syrien-beten-a-1189223.html>

68 [2]  
69 <http://www.hamburg.de/contentblob/3551370/373c79022a3cc28025f815d9a33d2b49/data/download-mus-lim-verbaende.pdf;jsessionid=7C5E3EDFC190B5C6E42A2ED28A7F7F2E.liveWorker2>

72 [3] <https://www.verfassungsschutz.de/embed/broschuere-2007-07-tuerkische-linksextremistische-organisationen.pdf>

74 [4] <https://www.waz.de/politik/polizei-durchsucht-wohnung-wegen-fotos-mit-kurdenfahne-id212528243.html>

76 [5] <https://www.verfassungsschutz.de/embed/broschuere-2015-07-arbeiterpartei-kurdistan-pkk.pdf>, S.21

## Begründung

Der Dringlichkeit:

Der Angriffskrieg in Afrin begann nach der regulären Antragsfrist und erfordert eine umfassende Neubewertung der türkisch-kurdischen Gesamtsituation.

## **weitere Antragsteller\*innen**

Carola von Paczensky (Hamburg-Altona KV); Paul Nellen (Hamburg-Mitte KV); Johannes Klein (Saarbrücken KV); Frank Steiner (Hamburg-Altona KV); Dorothea Meuren (Neckar-Bergstraße KV); Detlef Kröger (Hamburg-Eimsbüttel KV); Krystyna Grendus (Odenwald-Kraichgau KV); Carola Blume-Kullmann (Ettlingen KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Andreas Roll (Ludwigsburg KV); Gerhard Klünder (Warendorf KV); Manuela Braun (Rastatt/Baden-Baden KV); Marc Kersten (Köln KV); Carlos Echegoyen (Bonn KV); Frédéric Zucco (Augsburg-Stadt KV); Ruth Birkle (Karlsruhe-Land KV); Ali Demirhan (Herzogtum Lauenburg KV); Hendrik Hinrichs (Hamburg-Nord KV); Nabihah Ghanem (Soest KV); Hartmut Heilmann (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV)